

lëtzebuurger Land

20.07.2018

## Lästiges Übel

Einen Tag früher als zunächst geplant, am Mittwoch, verabschiedeten die Abgeordneten von DP, LSAP und Grünen mit den Stimmen der CSV das Transparenzgesetz, das BürgerInnen mehr Einsicht in öffentliche Dokumente bieten soll. Der Mouvement écologique nennt den Text allerdings ein „Informationsverhinderungsgesetz“, das „scheinbar sehr bewusst den Weg eines abwehrenden Obrigkeitsstaats“ einschlage, der „das Interesse von BürgerInnen für Informationen nicht als wichtigen Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft erachtet, sondern eher als lästiges Übel“. Das vernichtende Urteil der Umweltorganisation erstaunt nicht. Sie hatte ein sehr kritisches Gutachten zum Erstentwurf verfasst, wie auch der Presserat und die Journalistenvereinigung. Zu den Kritikpunkten zählen neben zu langen Antwortfristen, vielen vagen Ausnahmebestimmungen, die je nach Auslegung den Zugang eher behindern, auch die Möglichkeit der Verwaltungen, ein Informationsersuchen ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Die „Verschlimmbesserungen“ des Ursprungstextes, wie es der Méco nennt, erfolgten im von der DP-geführten Medienausschuss. Dass diese Regierung Transparenz verspricht, aber häufig das Gegenteil umsetzt, war zuletzt beim Archivgesetz zu sehen, demzufolge Steuerdokumente der Öffentlichkeit für ein Jahrhundert vorenthalten werden sollen (*d'Land* vom 13.7.). Ein Aufkunftsrecht für JournalistInnen im Rahmen des Pressegesetzes wollte die DP-LSAP-Grüne-Regierung, obschon ein Textvorschlag des Presserats vorlag, nicht einführen. ik